

„Verzichten kann etwas Schönes sein“

Wie Forscher, DGB und Sozialverbände die Rekordverschuldung des Bundes beurteilen

VON JEAN PIERRE BASSENGE, BARBARA WEITZEL UND SEBASTIAN WOLFF

BERLIN. Ist die Rekordverschuldung der Bundesrepublik von mehr als 86 Milliarden Euro allein im kommenden Jahr der richtige Weg, um Deutschland aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu führen? Wer muss die Zeche unter dem Strich wirklich bezahlen? Die Berliner Zeitung befragte dazu Wirtschaftsforscher, DGB, Sozial- und Jugendverbände. Die Forderungen reichen weit auseinander, von schneller Haushaltskonsolidierung bis zum „Weiter so!“:

♦ ♦ ♦

Wirtschaftswissenschaftler Christoph Schmidt: „Ein schneller Abbau der Verschuldung ist bei realistischer Betrachtung gar nicht möglich“, sagt Schmidt, zugleich Präsident des Essener Wirtschaftsforschungsinstituts RWI. Das RWI habe unterschiedliche Szenarien durchgerechnet. „Selbst im optimistischsten Szenario mit ausgeglichenen öffentlichen Haushalten und einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich nominal 3,3 Prozent würde es bis 2020 dauern, bis wir das



DPA/WEIHRAUCH

Christoph Schmidt

Maastricht-Kriterium einer Schuldenstandsquote von nicht mehr als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung einhalten könnten“, sagt Schmidt.

Zunächst, so der Wirtschaftswissenschaftler, sollte es darum gehen, die Schuldenquote zurückzuführen, indem möglichst keine neuen Schulden gemacht und Impulse für ein kräftiges Wirtschaftswachstum gegeben werden. „Ein Abbau der Schulden im Sinne eines Abtragens der 1,6 Billionen Euro steht zur Zeit noch gar nicht an.“ Leitlinie der Politik sollte sein, durch Haushaltsdisziplin aus den Schulden herauszuwachsen. „Und das sollte in etwa einer Dekade durchaus möglich sein“.

Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands Deutschland VdK: Die VdK-Präsidentin sieht derzeit keinen Spielraum für Schuldenabbau – und wundert sich über die Diskussion. „Ich gehe davon aus, dass die Politik die neuen Schulden sehenden Auges beschlossen hat und weiß, was sie tut“, sagt Mascher. Es sei deshalb merkwürdig, dass nun gleich die Frage folge, wie man sie als notwendig erkannten Schulden wieder abbauen könne.

„Wichtig ist zum jetzigen Zeitpunkt nur eins: die Wirtschaftsfloute zu überwinden und so wieder Steuereinnahmen zu generieren“, so Mascher. Wenn es wieder Wachstum gebe, sollte dieses aber genutzt werden, um den Haushalt zu konsolidieren. Denkbar sei auch, die Einkommensteuer vor allem bei den

höheren Gehältern für einen bestimmten Zeitraum heraufzusetzen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen.

Um die nachfolgende Generation macht sich Mascher keine Sorgen: „Die Jungen erben ja nicht nur Schulden, sondern auch all die Investitionen, die jetzt mit dem Geld getätigt werden: Infrastruktur, bessere Schulen, mehr Kindergärten.“



DPA/KUMM

Ulrike Mascher

DGB-Chef Michael Sommer: Für den Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind Einsparungen derzeit der falsche Weg. „Wir müssen alles tun, um die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen und die Folgen sozial verträglich zu regeln“, sagt Sommer. Sparen sei „kontraproduktiv zu jedem Konjunkturprogramm“. Die Haushaltskonsolidierung brauche Zeit. Der DGB-Chef warnt, an der falschen Stelle zu kürzen: „Ich schreibe jeder Regierung, die nach den Wahlen handeln muss, ins Stammbuch: Finger weg von den Sozialleistungen, Renten und Pensionen. Keine Kürzungen bei denen, die diese Krise nicht verursacht haben.“ Stattdessen solle der Staat hohe Einkommen, Kapitalerträge und Erbschaften stärker besteuern. Der Staat müsse über eine Zwangsanleihe bei Vermögenden „die in die Verantwortung nehmen, denen es in den vergangenen Jahren sehr gut ergangen ist“.



DDP/AXEL SCHMIDT

Michael Sommer